

Berufsabschluss und keine Arbeit.

**Was können ostdeutsche Träger
an der zweiten Schwelle tun?**

**Beitrag von Heike Meier und Bettina Wiener
auf dem Workshop des BiBB und des zsh
„Zwischen Markt und Förderung“
am 09. November 2005 in Bonn**



Definition: „Jugendliche an der zweiten Schwelle“

- Ü Jugendliche unter 25 Jahre
- Ü mit erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung
- Ü und ohne Beschäftigungsverhältnis

Definition: „Maßnahme- und Bildungsträger an der zweiten Schwelle“

Alle Institutionen, die sich mit Maßnahmen an der zweiten Schwelle beschäftigen.

Die übergroße Mehrheit sind klassische Bildungsträger. Hinzu kommen Einrichtungen, die Projekte an der zweiten Schwelle bearbeiten (beispielsweise Arbeitskräftepools für Jugendliche).



Empirisches Material

Arbeitsmarktstatistiken

Ü der Bundesanstalt für Arbeit
in Zeitreihen von 1999 bis 2004

Breitenerhebung

Ü Telefonische Befragung von
Maßnahme- und Bildungsträgern
in den neuen Bundesländern und Berlin

Maßnahmedossiers

Ü leitfadengestützte Experteninterviews
mit Geschäftsführern und Mitarbeitern
in ausgewählten Einrichtungen

Ü Telefonische Befragung von
Teilnehmer/innen an ausgewählten
Zweite-Schwelle-Maßnahmen



Maßnahmetypen in ihrer Verteilung

Die Mehrzahl der Maßnahmen an der zweiten Schwelle (58 Prozent) sind **Qualifizierungsmaßnahmen**, wobei diese oft ohne Zertifizierung enden und kurzfristiger Natur sind („*Wie bewerbe ich mich richtig?*“), also eher **Beratungscharakter** tragen.

Rund ein Viertel der Maßnahmen an der zweiten Schwelle sind **Vermittlungsaktivitäten**.

Den kleinsten Anteil mit 15 Prozent machen die **Beschäftigungsmaßnahmen** aus.



Was zeichnet Zweite-Schwelle-Maßnahmen aus?

Ein Großteil der Maßnahmen an der zweiten Schwelle (zwischen 35 und 45 Prozent) werden direkt für diese Gruppe von Jugendlichen organisiert und durchgeführt.

Art der Maßnahme	Qualifizierung	Beschäftigung	Vermittlung
Es sind überwiegend Maßnahmen speziell für Jugendliche.	35,7	45,5	42,6
Die überwiegende Anzahl der Jugendlichen läuft in anderen Kursen mit.	55,7	50,3	49,2
Zur Zeit gibt es bei uns beide Varianten.	8,6	4,2	8,2
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: Telefonbefragung des zsh bei ostdeutschen Bildungs- und Maßnahmeträgern 2004



Zwei Beispiele für spezifische Maßnahmen

Ü Frauenpolitische Projekte

Junge Frauen haben häufiger als Männer schlecht verwertbare Berufe, sind durch familiäre Bindungen eher immobil und sind oft allein verantwortlich für die Betreuungspflichten ihrer Kinder. Spezielle Projekte versuchen auf diese spezifischen Probleme einzugehen.

Ü Existenzgründer-Projekte

Jugendliche, die sich selbständig machen wollen, stoßen häufig an finanzielle Grenzen. Diese Projekte versucht man individuell auf die Einzelnen abzustimmen.



Strukturelle Gründe für Erfolg oder Misserfolg

- Ü die schlechte Aufnahmefähigkeit des ostdeutschen Arbeitsmarktes
- Ü die saisonale Abhängigkeit in einigen Berufen und Branchen
- Ü die schlechte Verwertbarkeit des Ausbildungsberufes (besonders häufig bei Frauen)



Institutionelle Gründe für Erfolg oder Misserfolg

- Ü Enger Kontakt der Träger zu den Unternehmen und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse sind ausschlaggebend für den Erfolg.
- Ü Kontinuität im Personaleinsatz bei den Trägern ist entscheidend für die Qualität der Arbeit.
- Ü Individuelle Betreuung für die Maßnahmeteilnehmer/innen wird immer dringender.



Individuelle Gründe für Erfolg oder Misserfolg

- Ü Eigeninitiative und Motivation bei der Arbeitsplatzsuche
- Ü Mobilitätsbereitschaft
- Ü Interesse am erlernten Beruf
- Ü Berufserfahrung und Sozialkompetenz
- Ü Realistische Einschätzung der Situation



Ein Blick auf die Beschäftigungsaussichten

- Ü Es werden überwiegend Vollzeitstellen vermittelt, Teilzeitstellen dominieren im Dienstleistungsbereich.
- Ü Befristungen sind immer häufiger und werden zunehmend akzeptiert.
- Ü Die Förderung für die Arbeitgeber wird zurückgefahren und ist von diesen auch weniger gewollt.
- Ü Trend in der Entwicklung der Vermittlungsquoten von 70 zu 30 Prozent.



Effiziente Förderpolitik zeichnet sich aus, durch:

- Ü mehr Kontinuität in der Förderpolitik
- Ü mehr Flexibilität in den Förderrichtlinien
- Ü Abstimmung der Fördermöglichkeiten und von Möglichkeiten der Mischfinanzierung
- Ü stärkere Kontrolle und strengere Förderkriterien
- Ü engerer Praxisbezug zur Wirtschaft
- Ü nicht alleinige betriebswirtschaftliche Sicht

